

Was ist Kolonialismus?

Inzwischen hat sich weitgehend herumgesprochen, dass die Globalisierung nicht erst in den 1980er Jahren mit der Krise des Sozialstaates, neuen Kommunikationsmöglichkeiten und der Explosion der Finanzmärkte begann. Versteht man unter Globalisierung »den Aufbau, die Verdichtung und die zunehmende Bedeutung weltweiter Vernetzung« (Osterhammel / Petersson), so wurde dieser Prozess bereits im frühen 16. Jahrhundert irreversibel. Seit dieser Zeit setzten Entdeckungsreisen und regelmäßige Handelsbeziehungen Europa, Afrika, Asien und Amerika erstmals in einen direkten Kontakt. Diese Vernetzungen wuchsen kontinuierlich, um etwa drei Jahrhunderte später mit dem Beginn des revolutionären Zeitalters eine neue Dynamik zu erlangen. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs kam es zu wachsenden Gleichförmigkeiten in Staat, Religion, politischen Ideologien und ökonomischen Praktiken. Diese Entwicklung lässt sich nicht allein an großen Institutionen wie Kirchen, königlichen Höfen und Rechtssystemen ablesen, sondern etwa auch an der Art und Weise, wie Menschen sich kleideten, sprachen, aßen und ihre familiären Beziehungen regelten. Aus diesen sich zügig vertiefenden Verbindungen zwischen verschiedenen Gesellschaften gingen zahlreiche hybride politische Ordnungen, gemischte Ideologien und komplexe Formen wirtschaftlicher Aktivitäten hervor. Diese Verknüpfungen erhöhten gleichzeitig jedoch das Bewusstsein von Differenz oder gar Antagonismus vornehmlich zwischen den Eliten verschiedener Gesellschaften.

Die wachsende Betonung von Vernetzungen und Verflechtungen steht für die Einsicht, dass die Entstehung der modernen Welt als »gemeinsame Geschichte« gedeutet werden kann, in der verschiedene Kulturen und Gesellschaften eine Reihe zentraler Erfahrungen teilten und durch ihre Interaktion und Interdependenz die moderne

Welt gemeinsam konstituierten. Der Verweis auf Interaktionen darf freilich nicht dazu führen, Ungleichheit, Macht und Gewalt aus den Augen zu verlieren. Beziehungen etwa zwischen Europa und der außereuropäischen Welt waren häufig hierarchisch oder gar repressiv. Diese Beziehungen werden gemeinhin mit dem Begriff »Kolonialismus« erfasst. Mit dem wachsenden Interesse an der Globalisierung und ihrer Geschichte gerät der »Kolonialismus« wieder verstärkt in den Blick. Dieses Themenfeld ist wie kaum ein anderes von transnationalen und transkulturellen Vernetzungen geprägt. Wenn das, was heute als Globalisierung in aller Munde ist, eine frühere Phase hat, so ist diese untrennbar mit der kolonialen und imperialen Expansion der europäisch-westlichen Staaten seit den »Entdeckungsfahrten« des 16. Jahrhunderts verbunden.

Kolonialismus ist zu Recht von dem Historiker Jürgen Osterhammel als ein »Phänomen von kolossaler Uneindeutigkeit« charakterisiert worden, das definitivisch kaum zu bändigen sei. Osterhammel selbst hat gleichwohl den Versuch einer Zählung unternommen und folgenden, zugespitzten Definitionsvorschlag unterbreitet: Kolonialismus, schreibt er, sei »eine Herrschaftsbeziehung zwischen Kollektiven, bei welcher die fundamentalen Entscheidungen über die Lebensführung der Kolonisierten durch eine kulturell andersartige und kaum anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren unter vorrangiger Berücksichtigung externer Interessen getroffen und tatsächlich durchgesetzt werden. Damit verbinden sich in der Neuzeit in der Regel sendungsideologische Rechtfertigungsdoktrinen, die auf der Überzeugung der Kolonialherren von ihrer eigenen kulturellen Höherwertigkeit beruhen.« Diese knappe Begriffsbestimmung bringt wesentliche Aspekte des Gegenstandes jenseits seiner fortwährenden »Ausdifferenzierung« auf den Punkt und bietet daher eine gute Grundlage auch für die vorliegende Darstellung.

Die Geschichte des Kolonialismus war mitnichten ein einheitlicher, geradliniger Prozess, welcher seit der iberischen Landnahme in Mit-

tel- und Südamerika im sechzehnten Jahrhundert unaufhaltsam voranschritt und schließlich zur Zeit des Ersten Weltkriegs seinen Höhepunkt erreichte, als das Festland der Erde etwa zur Hälfte von Kolonien bedeckt war. Der Kolonialismus bestand vielmehr aus einer Vielzahl von Kolonialismen, entzieht sich mithin allzu simplen Schemata, wie sie auch hierzulande lange für populäre antikolonialistische Theorien von Hobson über Lenin bis hin zum aktivistischen »Tiers-Mondisme« kennzeichnend waren. Die Errichtung kolonialer Herrschaft war zudem eine langwierige, ungleichmäßige Angelegenheit und durch ein komplexes Konkurrenzgeflecht geprägt, in dem nicht selten Europäer gegen Europäer und Einheimische gegen Einheimische standen. Es gab vielerorts Widerstand gegen die kolonialen Eroberer aus Europa, aber ebenso Arrangement und Kooperation (von Throtha).

Ein zentraler Aspekt des Kolonialismus war dennoch die Gewalt, in der Regel keineswegs ein Ausdruck der Stärke, sondern der Schwäche der europäischen Kolonialherren. Koloniale Herrschaft blieb immer prekär. Zugleich war sie hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Kolonisierenden und Kolonisierten ambivalent. Zwar folgten koloniale Gesellschaften grundsätzlich dem Prinzip der Distanz. Die oberen Ebenen des kolonialen Staates und der Wirtschaft waren per definitionem europäisch, räumliche Segregation, Paternalismus und Herablassung gegenüber einheimischen Kulturen und Versuche der systematischen Ausbeutung von Einheimischen stellten die Regel dar (S.95). Gleichwohl wurden diese Grenzen immer wieder durchbrochen, und so lassen sich koloniale Gesellschaften zumindest ansatzweise durch die Gleichzeitigkeit von Trennung und Verbindung charakterisieren. Diese Verbindungen manifestierten sich – freilich in immer noch hierarchischer Weise – etwa in den sexuellen Beziehungen zwischen männlichen Kolonisierenden und einheimischen Frauen. Überdies kamen die Kolonialherren schon aus Kostengründen und angesichts der geringen Zahl europäischer Administratoren

in den meisten Fällen nicht umhin, auf einheimische Kräfte zurückzugreifen, um die Maschinerie des kolonialen Staates in Gang zu halten. Oft waren es diese Kräfte, die sich später gegen die Kolonialherren wendeten und den Prozess der Dekolonisation vielerorts entscheidend vorantrieben. »Dialektik des Kolonialismus« hat Wolfgang Reinhard dieses Phänomen treffend benannt.

Lange Zeit ist die Geschichte des Kolonialismus als Geschichte dynamischer europäischer Helden auf zivilisatorischer Mission geschrieben worden (Mission). Demnach agierten im kolonialen Kontext ausschließlich die Europäer, während die Einheimischen lediglich reagierten. Jüngere Forschungen stellen diese Sichtweise jedoch immer nachhaltiger in Frage. Sie betonen die Handlungsspielräume der Kolonisierten und beschreiben die koloniale Situation als einen Prozess ebenso vielfältiger wie widersprüchlicher Auseinandersetzungen. Kolonisierte nutzten in diesem Zusammenhang alle nur verfügbaren Ressourcen, welche die Präsenz von Europäern bot. Ohne die mit dem Kolonialismus einhergehende Gewalt und Ausbeutung verniedlichen zu wollen, ist es unerlässlich, auf die Anstrengungen und Möglichkeiten der Kolonisierten hinzuweisen, eigene Lebensformen im und mit dem Kolonialismus durchzusetzen.

Die Epoche des Kolonialismus ist weit davon entfernt, ein Monolith zu sein, dennoch lassen sich einige Zäsuren festmachen. Einen zentralen Einschnitt stellten die neunziger Jahre des fünfzehnten Jahrhunderts dar, die durch drei für die Geschichte des Kolonialismus markante Ereignisse geprägt sind. Am 12. Oktober 1492 landete Christoph Kolumbus auf einer westindischen Insel, die er sogleich in San Salvador umbenannte und für Spanien in Besitz nahm. Am 7. Juni 1494 vereinbarten Spanien und Portugal im Vertrag von Tordesillas die Teilung der Welt in zwei Einflusszonen. Und am 18. Mai 1498 ging Vasco da Gama im südwestindischen Kalikut an Land. Obgleich es bereits in der europäischen Antike »koloniale Phantasien« gab, gehen die genannten Ereignisse doch einher mit dem Beginn der

kapitalistischen Durchdringung der Welt. Sie markieren daher den Beginn einer neuen Epoche.

Einen weiteren grundlegenden Einschnitt in der Geschichte des Kolonialismus bedeuteten in der Folge die Aufklärung und die industrielle Revolution seit Ende des achtzehnten Jahrhunderts. Im Zuge der Aufklärung setzte sich ein universalistisches Denken durch, welches es ermöglichte, europäische Maßstäbe an den Rest der Welt anzulegen und gleichzeitig Europa für einzigartig zu erachten. »Im 18. Jahrhundert verglich sich Europa mit Asien; im 19. hielt es sich für unvergleichlich« (Osterhammel). Überdies diente dieses Denken gar noch als Movens und Legitimation für das imperiale Ausgreifen Europas in der Welt. Mit der industriellen Revolution kam es in bis dahin unbekannter Dichte zum Aufbau wirtschaftlicher Verflechtungen und zu einer Explosion des Welthandels (**Wirtschaft**). Der technologische Vorsprung Europas wuchs. Ein globales Wettrennen nach Rohstoffen und Absatzmärkten setzte ein, welches entscheidend den Hochimperialismus in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts stimulierte. Europas wirtschaftliche Sonderstellung etwa gegenüber Ostasien seit dem 19. Jahrhundert war weniger durch kulturelle oder politische Überlegenheit begründet. Sie basierte vor allem auf günstigen Kohlevorkommen und dem Handel mit dem amerikanischen Kontinent. Kohle, welche zunehmend Holz ersetzte, und die »Neue Welt« ermöglichten es Europa, entlang ressourcenintensiver und arbeitssparender Pfade zu wachsen.

Das Ende des Kolonialismus und der Kolonialreiche war so wenig ein zusammenhängender und geradliniger Prozess wie ihre Entstehung. Ein Teil der europäischen Besitzungen in der »Neuen Welt«, in Süd- und Nordamerika, emanzipierte sich bereits zwischen 1776 und 1825, zu einem Zeitpunkt, als etwa die Kolonialisierung Afrikas noch gar nicht systematisch eingesetzt hatte. Mitte des neunzehnten Jahrhunderts begann langsam die Transformation der »Siedlungskolonien neuenglischen Typs« (Kanada, Australien und Neuseeland) in

faktisch sich selbst regierende Staaten innerhalb des britischen Empire (**Gemeinsame Geschichten und Verflechtungen**). Nach dem Zweiten Weltkrieg verschwanden schließlich binnen weniger Dekaden die französischen und englischen Kolonialreiche in Asien, Afrika und der Karibik. Dieser Vorgang kann als »dritte« Dekolonisation bezeichnet werden (Reinhard).

Die formale Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien erfüllte zumindest in diesen drei Regionen aber keineswegs die Hoffnungen, welche die dortigen Bevölkerungen damit verbanden. Das »Reich der Freiheit«, das die nationalistischen Politiker beschworen hatten, erwies sich für die Mehrzahl der Menschen in den neuen Staaten als Fortsetzung von Armut, Abhängigkeit und Bevormundung. Daran hat sich bis heute in den meisten Staaten nur wenig geändert, wenngleich es natürlich große Unterschiede gibt, etwa zwischen Malawi und Indien. Vertreter »postkolonialer« Ansätze sprechen davon, dass eine Vielzahl von Beziehungsmustern und Effekten kolonialer Herrschaft bis heute nachwirkt. Sie sehen die gegenwärtige Welt nach wie vor geprägt von imperialen und neokolonialen Herrschaftsverhältnissen und kulturellen Beziehungen, welche die alten, oft rassistisch konnotierten Ungleichheiten reproduzieren und verfestigen.

Es birgt eine gewisse Ironie, dass das wissenschaftliche Interesse am Kolonialismus sich erst lange nach dem Ende der formalen Kolonialherrschaft intensiviert hat. In den 1960er und 70er Jahren galt die Beschäftigung mit dieser Problematik als Rückfall in den Eurozentrismus. Seither ist eine ungeheure Fülle an einschlägigen Untersuchungen auf den Markt des Wissens getragen worden. Nach einer Phase der Betonung politischer und ökonomischer Aspekte dominiert in letzter Zeit eher die Betrachtung der kulturellen Effekte des Kolonialismus sowohl in den Kolonien selbst als auch in den Metropolen. Dahinter steht die Einsicht, dass der Kolonialismus nicht nur auf Waffen, technologischer Überlegenheit, wirtschaftlicher Durch-

dringung und politischer Macht beruhte, sondern ebenso über eine Vielzahl kultureller Techniken verfügte (Conrad / Randeria).

Die folgende Darstellung versucht auf der Grundlage der äußerst umfangreichen und vielfältigen Literatur einen Überblick zum Thema Kolonialismus zu geben. Ein enzyklopädischer Anspruch verbietet sich nicht nur angesichts des begrenzten Platzes von selbst. Längst nicht alle für die Thematik relevanten Weltgegenden werden behandelt. So fehlen etwa Ausführungen über Australien und den pazifischen Raum. Gleichwohl versucht der Band die Komplexität, die sich hinter dem Begriff Kolonialismus verbirgt, adäquat einzufangen.

Imperien, Großräume, Kontinente

Nach gängigen Definitionen bezeichnet Kolonialismus eine besondere, wohl auch die wichtigste Erscheinungsform von Imperialismus. Imperialismus kann nach einem nüchternen Vorschlag von Andrew Porter verstanden werden als »die Erlangung (mit unterschiedlichen Mitteln) von übermächtigem Einfluss oder direkter Kontrolle über die politische und/oder wirtschaftliche Entwicklung schwächerer, technologisch weniger fortgeschrittener Völker oder Staaten«. Was ist dann aber ein Imperium? Das Wort Imperium entstammt der politischen Sprache des Römischen Reiches und hat eine komplizierte Geschichte sowie diverse, oft sehr kontroverse Bedeutungen. Überdies ist es eng mit neueren, ebenso umstrittenen Begriffen wie Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und Globalisierung verknüpft (*Gemeinsame Geschichten und Verflechtungen*). Heute ist »Imperium« weitgehend negativ konnotiert. Stephen Howe hat eine Schneise in das Begriffsdickicht zu schlagen versucht und folgendes Definitionsangebot gemacht: »Ein Imperium ist eine große, zusammengesetzte, multi-ethnische oder multinationale politische Einheit, die in der Regel durch Eroberung entsteht und zwischen einem

dominanten Zentrum und untergeordneten, geographisch oft weit entfernten Peripherien geteilt ist.«

Viele Ausdifferenzierungen dieser Definition sind möglich. So ließe sich etwa zwischen solchen Imperien unterscheiden, die durch die Expansion über Land entstanden, und jenen, die durch Seemacht geschaffen wurden. Im Kontext einer Diskussion über Kolonialismus sind Imperien als Interpretationsrahmen vor allem deshalb von Bedeutung, weil sie es ermöglichen, Kolonien nicht als etwas »da draußen« zu betrachten, das lediglich marginal für die metropolitane nationale Geschichte ist, sondern Metropole und Kolonie in ein gemeinsames analytisches Feld zu integrieren. Die vielfältigen Beziehungen zwischen diesen beiden Polen waren in der Regel höchst hierarchisch. Dennoch ist es wichtig festzuhalten, dass für Zeitgenossen, Kolonisierende wie Kolonisierte, die Imperien einen Rahmen boten, in dem über die Relevanz von Rechten, Forderungen und Verpflichtungen debattiert wurde. Im Falle Großbritanniens etwa bildete die Kritik der Abolitionisten an der »Sklaverei unter britischer Flagge« den Ausgangspunkt für zahlreiche Auseinandersetzungen über Missstände und Verantwortung innerhalb des britischen Empire.

Jüngere, für die Beschäftigung mit dem Kolonialismus ebenfalls relevante Forschungsansätze fokussieren unter Rückgriff auf Fernand Braudels berühmtes Mittelmeerbuch auf Weltmeere wie den Atlantik und den Indischen Ozean inklusive der Anrainerregionen als Untersuchungseinheit. Damit zusammen hängt der Versuch, enge und einengende nationalstaatliche Barrieren zu überwinden. Eine »atlantische Geschichte«, so Bernard Bailyn, lässt sich nicht als Kombination mehrerer europäischer Nationalgeschichten und ihrer außereuropäischen Erweiterungen konzeptualisieren. »Sie ist nicht additiv, sie ist mehr als die Summe ihrer Teile. Sie ist ebenso spanisch wie britisch, ebenso niederländisch wie portugiesisch, ebenso afrikanisch wie amerikanisch.« In der frühneuzeitlichen atlantischen Welt entstand, wie Bailyn hervorhebt, erstmals in der Geschichte der

mee meuterte und eine Spirale der Gewalt und Gegengewalt lostrat. Lumumba wurde unter tatkräftiger Mithilfe des amerikanischen Geheimdienstes CIA und belgischer Offiziere ermordet. Schließlich putschte sich Colonel Joseph Mobutu an die Macht und ließ sie, auch dank Unterstützung aus dem »Westen«, über Jahrzehnte nicht mehr los. Seither ist das Land nicht mehr zur Ruhe gekommen. Der Kongo ist lediglich ein besonders drastisches Beispiel für den zumindest in Afrika weitgehend missglückten Übergang von der Kolonialherrschaft zur Unabhängigkeit. Die Geschichte Afrikas seit der Dekolonisation ist geprägt durch den Überlebenswillen der Menschen, aber vielerorts auch durch Bürgerkriege, Diktaturen, Wirtschaftskrisen, Staatszerfall, Naturkatastrophen und Hungersnöte. Es ist im Falle Afrikas jedoch fruchtlos, darüber zu debattieren, ob das koloniale Erbe oder die Inkompetenz afrikanischer Eliten die Hauptschuld an der Krise trifft. Denn der Zustand des Kontinents zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist nicht zuletzt das Ergebnis eines spezifischen Dekolonisationsprozesses. In diesem Prozess sind fragile Staaten entstanden, in denen eine europäische Modernität mit lokalen Formen sozialer Organisation verbunden wird.

Die Dekolonisation war überdies auch »Teil des Übergangs zu einer neuen Ordnung des Weltstaatensystems« (Osterhammel), die etwa durch die weltweite Konfrontation zweier hochgerüsteter Blöcke, die Entstehung zahlreicher postkolonialer Nationen sowie die ideologische Ächtung von Kolonialismus bei häufig fortdauernder rassistischer Diskriminierung geprägt war. Mit dem Zerfall der Sowjetunion erfuhr diese Ordnung dann erneut einen großen Umbruch.

VERTIEFUNGEN

Staat

Statistisch gesehen war der moderne europäische Staat, wie er sich im »langen« 19. Jahrhundert herausgebildet hat, ein »Exportschlagler« (Reinhard). Es gibt derzeit knapp 200 Staaten auf der Welt, die sich am europäischen Modell orientieren, zu dem neben der inneren und äußeren Souveränität die Einheitlichkeit von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt gehören. Im Verlauf der europäischen Expansion hat die staatliche Herrschaft jedoch eine bemerkenswerte Vielgestaltigkeit angenommen. Gleichwohl gehört zu den folgenschwersten Wirkungen des Kolonialismus, dass er zur Universalisierung des europäischen Staatskonzeptes beitrug. Der koloniale Staat setzte überall das Territorialprinzip durch und legte Staatsgrenzen fest, war aber kein Nationalstaat. Die Idee der Nation entstand erst in den antikolonialen Bewegungen. Eine der zentralen und problematischen Folgen der »getrennten Genealogie des territorialen und des nationalen Prinzips« (Osterhammel) bestand darin, dass sich am Ende der Kolonialzeit Nationalstaaten ohne gewachsene Nationen bildeten. Die nationale Unabhängigkeit war also nicht das Resultat eines Bewusstseins nationaler Identität und Einheit, sondern ging diesem voraus. Sie führte in den unabhängigen Staaten zu diversen, etwa ethnisch-religiösen Konflikten.

Kontrovers ist die Frage, ob es sich beim kolonialen Staat um ein Gebilde sui generis handelt oder um eine Variante des modernen (europäischen) Staates. John Comaroff hat mit Bezug auf Afrika die Ansicht vertreten, zwischen beiden Staatsformen bestehe eine ontologische Differenz, da der koloniale Staat in Kontrast zum europäischen Staat auf Gegensätzen aufbaue, aber keine Gleichheit schaffe. Der entscheidende Unterschied zwischen kolonialem und europäischem Staat wäre demnach nicht zuletzt im rassistisch begründete-

ten Prozess des kolonialen »othering« zu suchen, das im Rahmen des kolonial begründeten Territorialstaates die Einheimischen als rassistisch erfindet, um sie dann in ihren Traditionen einzuschließen. Ähnlich haben einige Historiker mit Blick auf Südasien argumentiert. Das Rassekriterium sei umso eher in den Vordergrund gerückt worden, je stärker die Logik der Modernisierung in Richtung Rationalisierung und Normalisierung gedrängt habe. Mit anderen Worten: Je moderner der Staat, desto rassistischer haben sich die Kolonisierenden verhalten.

Die Schaffung europäischer Nationalstaaten und die Herausbildung formaler Gleichheit ging ebenfalls mit der Schaffung von Differenz einher. So wurden Bauern, Arbeiter und Frauen gleichsam zu »Wilden« konstruiert, denen man lange Zeit zahlreiche Rechte vorenthalt. Überdies muss in Rechnung gestellt werden, »dass gerade das koloniale Projekt die Modernisierung in Europa vorangetrieben hat, indem koloniale Phantasien und koloniale Erfahrung, das ›othering‹ in der Ferne, die Schaffung von Gleichheit und die Erfahrung nationaler Eigenheit in der Heimat beförderte und beschleunigte« (Wirz). Zudem konnten in den Kolonien aufgebaute und praktizierte Verwaltungsordnungen als Modell für Europa wirken. Der Organisationsgrad des spanischen Kolonialstaates im 16. Jahrhundert etwa war wesentlich komplexer als entsprechende Formen auf der Iberischen Halbinsel und hat wichtige Impulse für die Bürokratisierung im »Mutterland« gegeben. Der ICS war wichtiges Vorbild beim Ausbau des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg.

Interpretationen des kolonialen Staates bewegten sich lange zwischen zwei Polen. Einige Autoren betonen die Stärke und unwiderstehliche Hegemonie dieses Staates und zeichnen ihn als eine Art »intelligenten Bulldozer«, als ein machtvoll Instrument politischer Herrschaft und struktureller Transformation. Andererseits etablierte sich eine Sichtweise, welche die Schwäche des kolonialen Staates unterstrich. Er sei mit mangelhaften Ressourcen ausgestattet gewesen,

charakterisiert durch seine äußerst begrenzte Durchsetzungsfähigkeit, ständig lavierend zwischen massiver Bedrohung der lokalen Bevölkerung und Kooptations- und Kooperationsangeboten an einheimische Mittler.

Für beide Sichtweisen lassen sich empirische Belege finden. Der koloniale Staat war zugleich rational und absurd, gewalttätig und ohnmächtig. Er trat in einer Vielzahl administrativer Formen auf. Kolonialismus war zunächst »vor allem eine Herrschaftsutopie, die Utopie, staatliche Herrschaft in den eroberten Gebieten zu verwirklichen« (von Trotha). Die Utopie manifestierte sich in Asien über einen längeren Zeitraum in Gestalt von privaten, zunehmend unter Kontrolle von Regierungen und gegebenenfalls Parlamenten im »Mutterland« gestellten Handelsgesellschaften mit komplexen Verwaltungsstrukturen: die East India Company sowie die Niederländisch-Ostindische Kompanie.

Diese Gesellschaften machten schließlich Platz für den Versuch, das Modell des bürokratischen Verwaltungsstaates auch in die kolonisierten Gebiete zu tragen. Auf staatliche und bürokratische Traditionen, derer sich das »europäische Modell« bedienen konnte, vermochte die koloniale Expansion in sehr unterschiedlichem Maße zurückzugreifen. Der koloniale Staat hatte zwei zentrale Aufgaben zu leisten: die Kontrolle über die unterworfenen Gesellschaften zu sichern sowie Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Nutzung der Kolonie zu schaffen. In den Kolonien blieb das Ideal des rationalen Staates mit Gebietshegemonie, Gewaltmonopol, Steuern und schriftlich fixierten Gesetzen indes in großen Teilen eine Herrschaftsutopie, die gleichwohl beträchtliche Wirkungsmacht entfaltete. Sie lief auf eine radikale Umwälzung der eroberten Ordnungen hinaus.

Der direkte Zugriff auf den Einzelnen gelang in der Folge jedoch nur selten. Institutionen und Funktionen des modernen Staates waren lediglich einer Minderheit zugänglich und erreichten umgekehrt

die kolonisierte Bevölkerung kaum in einem »durchrationalisierten« Sinne. Die Bürokratie zeigte sich in nahezu allen Fällen zunächst weniger als berechenbare, effektive Institution »aktenmäßiger Erledigung«, sondern als Kontrollinstanz. Koloniales Verwaltungshandeln ging stets mit Gewaltanwendung einher. Männer mit Peitsche und Gewehr hatten über lange Jahre hinweg mehr Gewicht als die Männer des Buchs, deren Aufgabe sich zunächst auf Kanzleidienste in den Zentren der kolonialen Durchdringung beschränkte. Die Verwaltung gewann jedoch in dem Maße an Bedeutung, als der koloniale Staat Steuern und Zölle einzutreiben, Statistiken zu erstellen und Recht zu sprechen begann und ein schriftliches Berichtswesen einführte; vor allem aber, weil der Staat sich nach dem Zweiten Weltkrieg – dann vornehmlich in Afrika – über Entwicklungsleistungen im Sinne einer europäischen Moderne zu legitimieren versuchte, »die sich am Morgen orientiert und Zukunft mit Fortschritt gleichsetzt« (Wirz).

Der koloniale Staat war jedoch auch in dieser Phase bestenfalls in Ansätzen ein Wohlfahrtsstaat. In den frühen 1940er Jahren begannen Frankreich und Großbritannien in ihren afrikanischen Besitzungen zumindest ansatzweise Systeme sozialer Sicherung einzuführen. Der Export des noch recht frisch gebackenen (west-)europäischen Wohlfahrtsstaates war der Versuch, das europäische koloniale Projekt im Kontext einer sich neu entfaltenden Weltordnung zu legitimieren. Die kolonialen Regime sahen sich letztlich jedoch nicht in der Lage, unter den gegebenen wirtschaftlichen Umständen die hohen Kosten zu tragen, die ein an Europa orientiertes Lohnniveau und entsprechende Sozialleistungen selbst für einen geringen Teil der Arbeiter und Angestellten verursacht hätten. Was in den westlichen Industrieländern zumindest in den »trentes glorieuses« nach dem Zweiten Weltkrieg zu den allgemeinen Bürgerrechten gehörte, die gleichsam einen Teil der Existenzsicherung vom Markt abkoppelten, behielt in den Ländern Afrikas den Charakter von Privilegien, die – ob-

wohl ohnehin lückenhaft und auf niedrigem Niveau – nur geringen Teilen der Bevölkerung zugänglich waren.

Bedeutsam ist das Projekt Sozialstaatsexport für Afrika nicht zuletzt deshalb, weil es eine beträchtliche Anziehungskraft auf nationalistische Eliten entfaltete und große Verheißungen weckte, die die jungen afrikanischen Staaten nicht erfüllen konnten. Afrikanische Politiker konzipierten, ganz Gefangene des zeittypischen Machbarkeitswahns, ihre jungen Staaten als Sozialstaaten mit umfassender Interventionskompetenz, sahen sich jedoch mit dem Erbe eines schwachen und autoritären Staates konfrontiert. Zudem mussten sie erkennen, dass die geerbte koloniale Wirtschaftsstruktur ihnen kaum Handlungsspielraum ließ. Angesichts dessen suchten die Regierenden in Afrika ihr Heil in autoritären Lösungen.

Der Platz der Bürokratie in der staatlichen Ordnung blieb selbst im spätkolonialen Interventionsstaat klein, das Verwaltungshandeln weiterhin durch Willkür und Gewalt geprägt. Der koloniale Staat war überdies durch das Prinzip der Intermediarität charakterisiert. Trutz von Trotha hat in diesem Zusammenhang zwischen Binnen- und Außenmediarität unterschieden. Ersteres meint, dass der koloniale Staat nach außen hin zwar den politischen Instanzen des Mutterlandes untergeordnet war, die Verwaltungsbeamten in den Kolonien in der Regel jedoch über eine große Handlungsfreiheit verfügten. Letzteres bedeutet, dass die Kolonialadministration sich einheimischer Mittler und Makler bedienen musste, um die Verwaltungsmaschinerie zumindest leidlich in Gang zu setzen und zu halten und Zugriff auf die Bevölkerung zu erlangen.

In nahezu allen Kolonien stand nur ein äußerst dünner Bestand an Verwaltungspersonal aus dem »Mutterland« zur Verfügung. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet Japans Herrschaft in Korea, wo Mitte der 1930er Jahre die ungewöhnlich hohe Zahl von 52 000 japanischen Zivilbeamten im Einsatz war, um 22 Millionen Koreaner in Schach zu halten, also ein Verhältnis von 1:420. In Nigeria kam im

Schnitt gerade einmal ein britischer Kolonialbeamter auf 54 000 Einheimische. Direkte Herrschaft blieb nahezu überall eine Chimäre.

Die Gruppe jener, die als einheimische Mittler im kolonialen Staat agierten, war äußerst heterogen und unterschied sich je nach Ort und Zeit. Sie umfasste potenziell den Dorfschullehrer, Katecheten oder Polizisten, den mächtigen Emir oder Sultan, den machtlosen Dorfhäuptling. Die Kolonialmacht behielt sich vor, bei der Besetzung der Stellen das letzte Wort zu haben. Sie nahm sich das Recht der Ernennung, Einsetzung und Amtsenthebung und definierte auf diese Weise auch Hierarchien in den kolonisierten Gesellschaften neu. Eine der zentralen Aufgaben der Intermediäre bestand dann im Übersetzen und Vermitteln zwischen verschiedenen Welten. Nicht selten eröffnete ihnen diese Mittlerfunktion neue Handlungsspielräume und Möglichkeiten zur Einflussnahme, die weit über das hinausgingen, was die kolonialen Organigramme ihnen als Tätigkeitsfeld zuwiesen.

Letztlich schwebte der koloniale Staat gewissermaßen im Leeren. Ihm entsprach keine auch nur minimal homogene Gesellschaft. Kolonisierende und Kolonisierte lebten in einer Kolonie in unterschiedlichen Lebenskreisen nebeneinander her. Die Kluft zwischen ihnen blieb tief. Die Kolonialherren waren und blieben, auch in ihrem Selbstverständnis, fremde Eroberer. Sogar ein Mindestmaß an »Basisvertrauen«, an Kitt, der jede Gesellschaft zusammenhalten muss, fehlte. Der koloniale Staat musste dauerhaft labil bleiben, weil ihm eine gesellschaftliche Verankerung fehlte (Osterhammel).

Wirtschaft

Die Hinwendung zur Erforschung des Kolonialismus hing vor allem mit der Erkenntnis zusammen, dass er über sein »formales« Ende hinaus anzudauern schien. Dies wurde zunächst im Bereich der Wirtschaft deutlich. »Nationale Ökonomien« aufzubauen erwies sich für die jungen unabhängigen Staaten als schwierig, die vom internatio-

nen Kapitalismus auferlegten Zwänge waren hart. Die desillusionierende Einsicht, dass der Bruch mit der kolonialen Vergangenheit wesentlich schwerer und komplexer war als ursprünglich antizipiert, fand ihren Ausdruck im Begriff »Neokolonialismus«. Damit verband sich die Kritik zum einen an weltwirtschaftlichen Konstellationen, welche die »Dritte Welt« und insbesondere Afrika in ökonomischer Abhängigkeit hielten, zum anderen speziell an westlichen Mächten, die jene Staaten bestrafte, die sich zu weit von den Erwartungen der kapitalistischen Großmächte entfernten.

Die in diesem Diskussionszusammenhang einflussreichsten Werke nahmen jedoch nicht speziell die koloniale Situation in den Blick. Walter Rodneys 1972 publizierter Bestseller »Afrika. Die Geschichte einer Unterentwicklung« bezog sich auf die in Lateinamerika entwickelte Dependenztheorie, die er zum Ausgangspunkt für seine historische Analyse von Afrikas wirtschaftlichen Beziehungen zum europäischen Kapitalismus nahm. Obwohl Rodney sich intensiv mit der Kolonialperiode auseinandersetzte, bezog sich sein zentrales Argument auf die frühere Phase des Sklavenhandels und die Einbeziehung Afrikas in eine ungleiche und ausbeuterische Weltwirtschaft. Immanuel Wallersteins Arbeiten zum Weltsystem fokussierten ebenfalls auf die Frühe Neuzeit.

Wallerstein konzediert Afrika höchstens eine passive ökonomische Rolle auf der welthistorischen Bühne. Inzwischen werden jedoch große Zweifel an der mechanistischen Vorstellung angemeldet, dass die Armut der Peripherie allein durch ihre Funktionalität für das Weltsystem insgesamt erklärt werden kann, dass, in anderen Worten, Afrika arm ist, weil der Kapitalismus es notwendig macht, dass Afrika arm ist. In diesem Zusammenhang ließe sich argumentieren, dass sich die große Mehrheit der afrikanischen Gesellschaften und ihrer Herrschaftseliten schon früh durch ihre Außenorientierung auszeichnete. Bereits seit dem 18. Jahrhundert entstand im Zuge dieser Außenorientierung eine Abhängigkeit von importierten Handelsgü-